

Bericht	Geschäftsbereich	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 000 - Büro OB
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Michael Telian 563 - 6815 563 - 8020 michael.telian@stadt.wuppertal.de
	Datum:	16.11.2018
	Drucks.-Nr.:	VO/0981/18 öffentlich
Sitzung am Gremium		Beschlussqualität
19.11.2018 Rat der Stadt Wuppertal		Entgegennahme o. B.
Sachstandsbericht zur Radabstellanlage am Döppersberg		

Grund der Vorlage

Im Auftrag des Oberbürgermeisters wird über den aktuellen Stand des Verfahrens zur Errichtung von Radabstellplätzen am Döppersberg informiert.

Beschlussvorschlag

Der Sachstandsbericht wird ohne Beschluss zur Kenntnis genommen.

Unterschrift

Mucke

Begründung

Zwischenbericht - Radabstellmöglichkeiten am Döppersberg

Der Rat der Stadt Wuppertal hat sich zum Ziel gesetzt, Wuppertal als Fahrradstadt zu positionieren. Schon heute ist am „Döppersberg“ als dem zentralen ÖPNV-SPNV-Haltepunkt in Wuppertal ein deutlicher größerer Bedarf an Fahrradabstellplätzen als ursprünglich geplant zu erkennen. Die bereits hergestellten Abstellanlagen reichen bei weitem nicht aus und es ist zu erwarten, dass der Bedarf weiter steigt.

Der Durchführungsbeschluss VO/0008/18 vom 17.04.2018 zur Errichtung einer Radabstellanlage am Döppersberg (auf der Fläche östlich des Investorengebäudes) begrenzt das Budget auf 935.000,00 EUR für 150 Stellplätze; somit entfallen auf einen Fahrradabstellplatz anteilige Baukosten in Höhe von etwa 6.233,00 EUR.

Das GMW hat zuletzt in der Sitzung der Planungs- und Baubegleitkommission am 30.10.2018 darüber informiert, dass derzeit keine Unternehmer zu finden sind, die innerhalb dieser Kosten die geplante Anlage erstellen wollen. Die Rohbauangebote liegen z.T. um ein Mehrfaches über dem o.g. Ansatz und sind damit nicht verwertbar. Die Ausschreibungen wurden ordnungsgemäß aufgehoben, die Stadt hat somit vergaberechtlich die Möglichkeit zur freihändigen Vergabe. Das GMW berichtete in der o.g. Sitzung weiterhin, dass voraussichtlich bis Ende Februar 2019 klar sei, ob ein wirtschaftlich annehmbares Angebot generiert werden könne oder nicht.

Da eine schnelle Lösung zum ‚Radhaus‘ derzeit nicht abzusehen ist, werden jetzt Alternativen geprüft und deren Konsequenzen in rechtlicher, förder technischer, planerischer und finanzieller Hinsicht dargestellt.

Prüfung von Alternativen – bisherige Ergebnisse

Im näheren Umfeld des „Döppersberg“ stehen keine Flächen für die Errichtung von (überdachten) Fahrradabstellplätzen zur Verfügung. Die verschiedentlich genannten Flächen im Bereich der „Elisabeth-Schniewind-Straße“ an Gleis 1 gehören entweder nicht der Stadt oder werden für den anstehenden Straßenausbau benötigt.

Die WSW haben daher in Form einer Ersteinschätzung die Frage geprüft, ob eine Erweiterung der bisherigen Abstellmöglichkeiten im städtischen Parkhaus unter dem Busbahnhof am Döppersberg möglich ist.

Entsprechend einer ersten Annahme könnten danach unter Verlust von 5 PKW-Stellplätzen bis zu 150 zusätzliche Fahrradabstellplätze nachgewiesen werden.

Genaue Planungs-, Beschaffungs- und Herstellungskosten für eine solche Anlage mit 150 zusätzlichen Fahrradabstellplätzen (insbesondere für Boxen/Ständer, notwendige Ummarkierungen im Parkhaus, bauliche Abgrenzung / Trennung vom Fahrverkehr) können derzeit noch nicht beziffert werden. Des Weiteren ist zu prüfen, ob der heutige Zugang zu den bisher 20 Fahrradboxen ausreichend dimensioniert ist für eine Anlage mit bis zu 150 Stellplätzen.

Nach Aussage des Fördergebers würde eine Umwandlung von geförderten Pkw-Stellplätzen nicht zu einer Rückzahlung von Fördermitteln führen.

Konsequenzen bei Verzicht auf das bereits beschlossene ‚Radhaus‘

Das Grundstück, auf dem das ‚Radhaus‘ errichtet werden soll, befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Wuppertal. Der Eigentümer hat der Stadt das Recht eingeräumt, auf einem Grundstücksteil ein ‚Radhaus‘ zu errichten. Dessen Architektur wurde unter Beteiligung des Gestaltungsbeirates mit dem Eigentümer abgestimmt.

Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Vorschläge für eine Nachfolgenutzung dieser Fläche unterbreiten und dazu die Rahmenbedingungen darstellen.

Kosten und Finanzierung

Bisher aufgelaufene Kosten

Sofern auf die bislang geplante Realisierung der Radabstellanlage ‚Radhaus‘ in der im April 2018 (s.o.) beschlossenen Form verzichtet werden soll, sind die bisher angefallenen externen Kosten in Höhe von ca. 181.000 Euro für Planung, Statistik usw. aus dem Haushalt zu finanzieren. Interne Personalkosten sind dabei nicht berücksichtigt.

Notwendige Kosten für die Herstellung des Platzes östlich des Investorengebäudes
(bei Verzicht auf ein ‚Radhaus‘)

Im Falle eines Verzichts auf das ‚Radhaus‘ wäre der Platz zwischen Investorengebäude und der Kreuzung Brausenwerth in einer der Qualität des Umfeldes angemessenen Art und Weise herzustellen. Mangels vorliegender Planung können die Kosten hierfür noch nicht eingeschätzt werden.